

Industriestrompreis, neue Gaskraftwerke und Entlastungen im Luftverkehr: Die schwarz-rote Koalition räumt einige Streitthemen aus dem Weg

Die Liste der nicht gelösten Probleme bleibt lang. Sie reicht vom Heizungsgesetz bis zum Rentenpaket. Der deutsche Kanzler Friedrich Merz kündigt zumindest eine Einigung beim Verbrenner-Aus an.

Susann Kreutzmann, Berlin

13.11.2025, 21:17 Uhr ⌚ 3 min

[Aktualisiert](#)

Hören



Annegret Hilse / Reuters

CSU-Chef Markus Söder, Arbeitsministerin und SPD-Vorsitzende Bärbel Bas, Bundeskanzler Friedrich Merz und SPD-Chef und Vizekanzler Lars Klingbeil stellen die Ergebnisse des Koalitionsausschusses vor (von links nach rechts).

Die Spitzen der schwarz-roten Koalition haben sich auf die Einführung eines Industriestrompreises, eine Kraftwerksstrategie zum Bau von Gaskraftwerken und Entlastungen für die Luftverkehrsbranche geeinigt. Ausserdem soll ein Deutschlandfonds geschaffen werden, um mehr private Investitionen anzuwerben.

Bundeskanzler Friedrich Merz zeigte sich bei der Vorstellung der ersten Ergebnisse des Koalitionsausschusses am Donnerstagabend zufrieden. Es sei das Anliegen der Koalition, die Wirtschaft signifikant zu entlasten und Kosten zu senken, sagte Merz. Gleichzeitig kündigte er eine gemeinsame Position der Bundesregierung beim Verbrenner-Aus an.

Mit dem Industriestrompreis sollen energieintensive Unternehmen ab dem kommenden Jahr mit einem staatlich subventionierten Strompreis entlastet werden. Demnach soll der Industriestrompreis 5 Cent pro Kilowattstunde für die Jahre 2026 bis 2028 betragen und für rund 2000 Unternehmen in Deutschland mit hohem Energieverbrauch gelten. Für den Bund würde dies Kosten in Höhe von mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr verursachen.

Die 2024 eingeführte Erhöhung der Luftverkehrssteuer soll zurückgenommen werden, um Fliegen billiger zu machen und deutsche Fluggesellschaften im internationalen Wettbewerb zu stärken. Damit wird die Luftverkehrsbranche in einer Größenordnung von rund 350 Millionen Euro entlastet.

Rentenstreit ist eskaliert

Die SPD-Vorsitzende und Arbeitsministerin Bärbel Bas nannte die jetzt gefassten Beschlüsse eine Aufforderung an die Unternehmen, diese Entscheidungen zu nutzen, um Standort- und Beschäftigungssicherheit zu geben. «Wir zeigen, dass wir Kompromisse finden, auch wenn wir uns gelegentlich streiten», sagte Bas.

Union und SPD sind allerdings in einer ganzen Reihe von Themen uneins. Die Liste reicht vom Heizungsgesetz bis zum bereits vom Kabinett beschlossenen Rentenpaket. Einige Vorhaben, wie die neue Grundsicherung, hängen zwischen den Ministerien in der Ressortabstimmung fest. Beim Wehrdienst haben Union und SPD dagegen nun eine grundsätzliche Einigung erzielt.

Eskaliert ist der Streit über die Rentenreform, mit der das Rentenniveau bis 2031 festgeschrieben werden soll. Das Kabinett hatte bereits das Vorhaben verabschiedet, das von der SPD durchgesetzt wurde. Doch inzwischen rebelliert nicht nur eine Gruppe junger Unionsabgeordneter gegen den Gesetzestext, sondern auch Wirtschafts- und Unternehmerverbände. Sie sehen Zusatzkosten in Milliardenhöhe auf den Steuerzahler zukommen und damit eine dauerhafte Belastung der jungen Generation. Kernpunkt des Streits ist die Frage, ob eine sogenannte Haltelinie für das Rentenniveau auch über das Jahr 2031 gelten soll.

Noch keine Einigung beim Heizungsgesetz

Auch die Reform der Grundsicherung hätte längst im Kabinett verabschiedet werden sollen, denn sie soll zum 1. Januar in Kraft treten. Inzwischen gilt dieser Termin als wenig realistisch. Mitte Oktober hatten Kanzler Merz und Arbeitsministerin Bas eine Einigung über das hochkontroverse Thema verkündet. Union und SPD hatten sich auf schärfere Sanktionen für Empfänger der Sozialleistung geeinigt, die Termine im Job-Center nicht einhalten und eine angebotene Arbeit nicht annehmen.

Allerdings kommt es nicht zu den erhofften Haushaltseinsparungen. Die Kosten für die Grundsicherung sind in diesem Jahr auf rund 52 Milliarden Euro gestiegen. Merz hatte Einsparungen von mindestens 10 Prozent angekündigt. Im Gesetzentwurf ist allerdings davon keine Rede mehr. Lediglich 86 Millionen Euro sollen im kommenden Jahr weniger ausgegeben werden.

Zu den unerledigten Streitthemen gehört auch das Heizungsgesetz, das die Union abschaffen will. CDU und CSU wollen keine komplette Abkehr von klimafreundlichen Technologien. Sie wollen aber das Ziel kippen, dass Heizungssysteme fortan zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen, und Alternativen zu Wärmepumpen zulassen.

Auch um das sogenannte Verbrenner-Aus wird seit langem gerungen. Es geht um das beschlossene Ende für die Zulassung neuer Verbrennerfahrzeuge auf dem EU-Markt ab 2035. Deutschland als Standort einer grossen Automobilindustrie hatte bisher keine abgestimmte Position dazu. Die Union lehnt die starre Vorgabe ab und setzt sich für flexible Regelungen etwa auch für Hybrid-Autos ein. Die SPD befürchtet, dass die Autobauer dann ihre Produktion für E-Autos ins Ausland verlagern.



Passend zum Artikel



Koalitionsausschuss: Die deutsche Regierung will Stahl- und Automobilgipfel einberufen, um die angeschlagene Wirtschaft anzukurbeln

Len Sander, Berlin 03.09.2025 ⌚ 2 min

